

**Rede
der Sprecherin für Entwicklungspolitik**

Claudia Schüßler, MdL

zu TOP Nr. 39

Abschließende Beratung

**Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes für den
Übergangszeitraum nach dem Austritt des
Vereinigten Königreichs Großbritannien und
Nordirland aus der Europäischen Union und der
Europäischen Atomgemeinschaft**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/2227

während der Plenarsitzung vom 29.03.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Am 23. Juni 2016 hat das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland ein Votum der Bürgerinnen und Bürger über den Austritt des Landes aus der EU eingeholt; Sie alle wissen es. Mit knapper Mehrheit haben sich die Britinnen und Briten für den sogenannten Brexit ausgesprochen.

Das Wort „Brexit“ steht jetzt nach fast drei Jahren für Unentschlossenheit, für Chaos und für eine Regierung, die nicht in der Lage zu sein scheint, die Parlamentarier hinter sich zu vereinen. Das ist ein Stück weit eine Haltung, die ich mit „Wirklichkeitsverweigerung“ beschreiben möchte.

Ich stehe hier als überzeugte Europäerin, und ich gestehe, dass ich die Briten, Land und Leute, immer sehr sympathisch fand und finde. Umso bedauerlicher ist jetzt die Situation in Großbritannien. Wir alle können sehen, wie es ist, wenn man die häufig so gescholtenen Kompromisse nicht findet, wenn man keine mehrheitlichen Entscheidungen mehr durchführen kann.

Ja, Kompromisse - das wissen wir alle - sind oft etwas unbefriedigend, aber in einer Demokratie zuweilen die einzige Möglichkeit, um zu einem Ergebnis zu kommen. Große Koalitionen werden häufig gescholten wegen der Kompromisse, die sie eingehen müssen; das geschieht übrigens auch in diesem Haus mit großer Regelmäßigkeit. Vor dem Hintergrund dessen, was aktuell in Großbritannien geschieht, sollten wir an dieser Stelle eine Warnung sehen.

Demokratie braucht lebendige Auseinandersetzung - ja! -, aber man muss auch einen Schlussstrich ziehen und eine Entscheidung treffen können. Man muss handlungsfähig bleiben. Das Vorgehen der britischen Parlamentarier wird von den Bürgerinnen und Bürger dort nicht mehr verstanden.

Es ist auch nicht verständlich, was dort geschieht. Wir alle erinnern uns an den letzten Dienstagabend. Wir warten nun gespannt darauf, was heute Nachmittag in Großbritannien passieren wird.

Wir beschäftigen uns heute mit einem Gesetzentwurf, der den geregelten Brexit-Fall vorsieht. Wir wollen Vorsorge treffen für die Zeit des Übergangs, und zwar dann, wenn dieses Abkommen unterzeichnet werden sollte. Das ist immer noch möglich; die Ministerin hat es gesagt. Ob es gelingt, bleibt ungewiss. Es kommt aber infolge des Änderungsantrags nicht so sehr darauf an. Wenn wir dieses Gesetz heute beschließen, und es kommt zu einem unregulierten Brexit, dann tritt das Gesetz nach dem Wortlaut nicht in Kraft.

Wir sollten deshalb Vorsorge treffen. Die SPD-Fraktion wird dem Gesetzentwurf mit den vorgeschlagenen Änderungen zustimmen. Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung in § 1; dort wird der Zeitpunkt „29. März“ durch eine offenere Formulierung ersetzt.

Sollte sich in Großbritannien noch die Erkenntnis durchsetzen, dass es für alle Seiten besser wäre, dieses sorgfältig ausgehandelte Abkommen zu unterzeichnen, dann haben wir schon das Richtige getan. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, vernünftig regiert zu werden. Dass das so bleibt, dafür wollen wir auch in Zukunft hart arbeiten.

Vielen Dank.